Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

552 (26.11.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 3, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 26. November 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 24. November.

Das Haus ist schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf von Bülow, Graf von Posadowsky u. A.

Zunächst wird ein schleuniger Antrag auf Einstellung eines gegen den Abgeordneten Zubeil (Soz.) schwebenden Strafverfahrens ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Interpellation Albrecht u. Gen. (Soz.):

„Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler gegen die Beamten des Reichsamts des Innern zu ergreifen, welche von einer Interessentengruppe, dem Centralverband deutscher Industrieller, die Summe von 12 000 Mk. gefordert und erhalten haben, um damit die Agitation für den vom Bundesrath dem Reichstag am 26. Mai 1899 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu betreiben?"

Zur Begründung der Interpellation nimmt das Wort:

Abg. **Auer** (Soz.): Der Vorfall, der Anlaß zu der Interpellation gegeben hat, hat weit über die Grenzen Deutschlands hinaus großes Aufsehen erregt. Man zweifelte zuerst mit Rücksicht auf die Tradition in der deutschen Beamtenschaft, die ein solches Abhängigkeitsverhältniß, wie es in dem Briefe zum Ausdruck kam, ausschlösse, daran, daß so etwas überhaupt möglich sei. Endlich wurde zugegeben, daß der Brief echt und nicht gefälscht sei, und nun behauptete ein Theil der bürgerlichen Presse, an der ganzen Sache sei nichts Wunderbares, es handle sich um einen selbstverständlichen Vorfall. Derartige Aeußerungen sind wir ja gewöhnt. Auch bei der Hunnenrede hieß es bekanntlich erst, so könne die Rede nicht gehalten sein, wie sie in der Presse veröffentlicht sei, und erst später wurde dann gesagt, es sei ganz selbstverständlich, daß der Kaiser so reden mußte. In dem Brief wird klipp und klar ausgesprochen, daß seitens des Reichsamts des Innern an den Centralverband das Ersuchen um Hergabe von Geld zur Agitation für die Zuchthausvorlage gerichtet ist. Die offiziöse Erklärung in der vom Ministerium des Innern geleiteten „Berliner Korrespondenz" ging dahin, daß der Generalsekretär Bueck der Regierung auf Anregung des Direktors Woedtke 12 000 Mk. zur Verfügung gestellt habe. Also der Brief ist echt und der Thatbestand ist zugegeben.

Es ist zugegeben, daß im Namen des Reichsamts des Innern und durch das Reichsamt den Scharfmachern Handlangerdienste geleistet sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nach dem Brief hat das Reichsamt die Summe gefordert, nach der offiziösen Erklärung hat Herr Bueck sie angeboten. Richtig wird beides sein, die Regierung wird durch einen ihrer Vertreter Herrn Bueck nahe gelegt haben, das Geld zur Verfügung zu stellen. Nun suchte man abzuwiegeln, man sagte, auch in früheren Jahren seien solche Dinge passirt, auch Bismarck seien die Mittel zur Bildung des Volkswirthschaftsraths von privater Seite angeboten, nachdem der Reichstag sie abgelehnt hatte. Ob jene Vorgänge bei der Bildung des Volkswirthschaftsraths so waren, weiß ich nicht, es ist aber auch gleichgiltig, denn das Beispiel hinkt. Bei der Berufung des Volkswirthschaftsraths handelte es sich darum, daß Bismarck bei seiner impulsiven Natur nicht darauf warten wollte, bis der Reichstag seinen neuen zollpolitischen Ansichten beitrat, und daß er deshalb einen außerparlamentarischen Beirath bildete. Das mag nicht konstitutionell gewesen sein, illoyal aber war es nicht. Hier hingegen handelte es sich um die Agitation für ein Ausnahmegesetz. Dem Fürsten Bismarck wurde das Geld freiwillig angeboten, hier wird es erbettelt (sehr wahr! links), hier handelt es sich um das erfolgreiche Bittgesuch eines hohen Beamten an einen Verein, der in der betreffenden Frage Partei ist. Die Regierung hat sich von vornherein in eine abhängige und unwürdige Stellung begeben. Das war nur möglich, weil die Regierung fest entschlossen war, für die Scharfmacher gegen die Arbeiter zu wirken, weil sie entschlossen war, den Enterbten ihre einzige Waffe, das Koalitionsrecht, stumpf zu machen und die Schlotjunker zu stärken. (Beifall bei den Sozd.) Das ist eine traurige Erscheinung. Die Scharfmacher verstehen ihre Interessen, sie wissen, wann es an der Zeit ist, Geld in den Beutel zu thun. Ein geschworener Arbeiterfeind bezeichnete das Verlangen der Regierung als „etwas eigenthümlich". Dies Bekenntniß spricht Bände.

Nicht um persönliche Bestechlichkeit handelt es sich. Das ist auch unsere Meinung, nein es handelt sich um viel Schlimmeres. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß einzelne Beamte Versuchungen nicht widerstehen können, das kommt immer vor, das sehen wir ja jetzt wieder im Prozeß Sternberg. Nein, in diesem Falle handelt es sich um eine schlimme Erscheinung in unserem Staatsleben. Die offiziöse Korrespondenz sagt, die Belege sind da. Die Regierung hat eben kein Verständniß für die Schwere des Falles. Was thut's? Die Belege sind da (Heiterkeit), Herr von Woedtke hat keinen Pfennig für sich behalten. Was der Vorgang uns zeigt, das ist der ungeheure Einfluß der Interessenvertretungen, der dominirende Einfluß des Centralverbandes. Dieser Organisation der Scharfmacher gegenüber kann Niemand aufkommen. Ist es doch kein Geheimniß, daß selbst die Regierung sozialpolitische Vorlagen, die sie für nothwendig hält, auf Einspruch des Centralverbandes zurückgezogen hat! Ist es doch kein Geheimniß, daß Graf Posadowsky der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung eine Schonzeit versprochen und daß Herr Jancke offen erklärt hat, dies sei dem Einfluß des Centralverbandes zu danken. Hat doch der Centralverband selbst die Durchführung der feierlich gegebenen Februar-Erlasse zu verhindern verstanden! Aber nicht nur hier zeigt sich der Einfluß der Millionen! Auch die Finanzirung des Flottenvereins ist auf die Scharfmacher zurückzuführen, die durch die Flottenvermehrung ein glänzendes Geschäft machen. Der Spiritusring, die Liebesgaben, der Skandal mit der Zuckerausfuhrprämie — all das ist zurückzuführen auf den Einfluß der Interessenten. Daß unsere Großgrundbesitzer Himmel und Hölle für eine Erhöhung der Zölle in Bewegung setzen, daß dem Kohlenwucher nicht energisch entgegengetreten wird — woraus anders erklärt sich das, als aus dem Einfluß der Interessenten, denen die Regierung keinen Widerstand zu leisten wagt? Das Wort des Herrn von Böttticher: „Wir arbeiten ja nur für Sie" hat sich bewahrheitet. Der Oberstkommandirende des Centralverbandes rühmt sich ja auch ganz offen der Beziehungen, die er nach oben hin unterhält. Das Handelsministerium, das Reichsamt des Innern, die Reichskanzlei verkehren eifrig mit dem Centralverband. Ich bin weit entfernt, den Beamten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie sich zu informiren suchen, bevor die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt wird, aber worüber wir uns mit Fug und Recht beschweren, das ist die Einseitigkeit dieser Informationen. (Sehr wahr! links.) Arbeitervereinigungen werden einfach ignorirt, auch wenn es sich um die vitalsten Interessen der Arbeiterschaft handelt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich erinnere nur an die Gastwirthsgehilfen, die zu ihrem Kongreß die Behörden eingeladen haben, ohne daß ein einziges Ministerium auch nur einen Beamten für eine Stunde hinschicken konnte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die Kommission für Arbeiterstatistik hat kein Mitglied entsandt. Im Namen des Reichsamts des Innern hat Herr von Woedtke „wegen dienstlicher Behinderung der Beamten" die Einladung abgelehnt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Für die Unternehmer haben die Herren Zeit, da haben sie sogar Zeit, rückgratlose Reden zu halten. Wenn Herr von Stumm seine Getreuen einlädt, dann finden sich immer Mitglieder des Reichsamts des Innern ein, um dem Kaiserhoch beizuwohnen. (Heiterkeit.) Es ist einfach die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Beamten, die Arbeiter zu hören, wo es sich um ihr Wohl und Wehe handelt. (Sehr wahr! links.) Ueberlegen Sie, die Sie ein Interesse an dem Fortbestehen des heutigen Staates haben, sich, was das für einen Eindruck macht, wenn das nicht geschieht. Wir erblicken in dem Vorgang, der unserer Interpellation zu Grunde liegt, ein neues Moment dafür, daß der Staat zum Klassenstaat wird, daß die Staatsgewalt zur Bittstellerin herabsinkt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich erinnere nur an das abfällige Urtheil des Herrn Bueck, des bezahlten Agenten des Centralverbandes, über Herrn von Rottenburg, den erfolgreichsten Sozialpolitiker im Reichsamt des Innern. Im Januar 1899 bezeichnet Herr Bueck Herrn von Rottenburg als unfähig, und im August desselben Jahres bettelt der Kollege des Herrn v. Rottenburg, Herr von Woedtke, denselben Herrn Bueck an! (Hört! hört! links.) Ein nettes Solidaritätsgefühl!

Wie die „Leipziger Volkszeitung" in den Besitz des Briefes gekommen ist, weiß ich nicht (Na! na! rechts). Wenn ich es wüßte, würde ich es Ihnen auch nicht sagen. (Heiterkeit.) Davon bin ich aber überzeugt, daß die Absender des Briefes nicht die Absicht gehabt haben, dem Freihandel dadurch einen Dienst zu leisten. Wir werden nicht unterlassen, bei jeder neuen Vorlage die Frage aufzuwerfen, in wessen Dienst sie gemacht wird. (Sehr gut! links.) Schaffen Sie keine Remedur, ziehen Sie die schuldigen Personen nicht zur Verantwortung, so kann es uns Recht sein. Ihnen, den Hochschutzzöllnern, muß es darauf ankommen, daß auf den Bänken des Bundesraths Männer sitzen, die wenigstens den Schein der Unabhängigkeit haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) drohen ja sogar damit, daß Ihre monarchische Gesinnung, die nur der Vernunft entspringt, verloren geht, wenn man Ihnen nicht zu Diensten ist. Als seiner Zeit der Alleinherrscher im Saarrevier seinen Bannstrahl gegen die sozialgesinnten Pastoren schleuderte, da verstummten plötzlich alle evangelische Pastoren vor dem Allgewaltigen von Neunkirchen. Seit jeit jener Zeit ist es aus mit dem sozialen Empfinden der protestantischen Geistlichen, und sogar die katholischen Geistlichen geben sich dazu her, den katholischen Arbeitern die Ausnutzung des Koalitionsrechts zu erschweren und die Verständigung zwischen diesen und den übrigen Arbeitern zu verhindern. Gestern hat Frhr. v. Wangenheim sich darüber beschwert, daß nicht mehr Junker und Junkergenossen die Hintertreppen zum Hofe allein benutzen dürfen, sondern daß ihnen auf diesem Gebiete Konkurrenz gemacht wird. (Heiterkeit.) Also, daß Einflüsse dieser Art stattfinden, hat sogar Herr v. Wangenheim zugegeben. Die deutschen Arbeiter empfinden es schon lange schwer, daß sie die Opfer niederträchtiger Informationen sind. Ich erinnere nur an die Information, die der Hamburger Rede zu Grunde lag. Wir leben in Deutschland im Zeichen des Byzantinismus. (Sehr wahr! bei den Sozd.). Ein hoher Beamter bettelt die Industrie an, ein Vorgang, der bisher unerhört ist. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob es sich hier um eine Aktion des Reichsamts des Innern handelt. Ich frage, wer trägt die Verantwortung? Alle anständigen Menschen müssen mit mir übereinstimmen in den Wunsch: Fort mit solchem System, weg mit Personen, die sich derartig unwürdig benehmen! (Lebhafter Beifall bei den Sozd.)

Reichskanzler Graf **v. Bülow**: Meine Herren! Die verhältnißmäßig ruhige Form, die, abgesehen von einigen auch für den Herrn Abg. Auer unvermeidlichen Kraftausdrücken, noch eher gemäßigte Form, in welcher der Herr Interpellant seinen Antrag begründet hat, stand in einem beinahe pikanten Gegensatze zu der Art und Weise, wie seit Wochen der in Rede stehende Vorfall in der dem Herrn Antragsteller und seinen Freunden nahestehenden Presse behandelt und — ich kann wohl sagen — ausgeschlachtet worden ist. Ich bin doch ziemlich weit herumgekommen, aber so etwas von Uebertreibung, wie bei der Behandlung dieses Falles in der sozialdemokratischen Presse, ist mir doch noch nicht vorgekommen. In dem ersten Artikel, den ich über diesen Vorfall las, fand ich zweimal das Wort „Panama", und in einem anderen Artikel war von der „Maffia" die Rede. Du lieber Gott! Ich habe doch auch die zeitgenössische Entwickelung verfolgt, und ich versichere Sie, Panama war wirklich etwas Anderes (Heiterkeit), und die Anhänger der Maffia, die Maffioten, wie man sie nennt, sehen anders aus, als die Berliner Geheimräthe. (Heiterkeit.) Ueber solche Vergleiche wird Niemand mehr lächeln, als unsere intelligenten und sympathischen Nachbaren jenseits der Alpen und jenseits der Vogesen.

Meine Herren! Der Zweck, der mit allen diesen Uebertreibungen — ich muß leider sagen: mit allen diesen Entstellungen — verbunden war, war natürlich der, den Glauben zu erwecken, als ob wir in einem Staat lebten, dessen Regierung abhängig wäre von bestimmten Gruppen (Sehr richtig! und andere Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten, Glocke des Präsidenten), mit einem Worte — der Herr Abg. Auer hat es selbst ausgesprochen — in einem Klassenstaat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Schon die Wahrnehmung, welchen Agitationsstoff die Herren von dort drüben (zu den Sozialdemokraten) aus der Behandlung des Falls geschöpft haben, würde mich nachdenklich, würde mich bedenklich stimmen in der Beurtheilung des seiner Zeit für die Verbreitung amtlicher Drucksachen eingeschlagenen Weges, denn ich bin der Ansicht, daß jede deutsche Regierung dem Gemeinwohl um so besser dient, je höher sie sich stellt über die verschiedenen Interessentengruppen, über die Parteien, (sehr wahr! links) über die wirthschaftlichen und politischen Gegensätze. Ich bin davon durchdrungen, daß es die erste Aufgabe jeder deutschen Regierung ist, das Wohl der Gesammtheit im Auge zu haben und nur die Gesammtinteressen zu fördern. (Sehr wahr! links, Unruhe bei den Sozialdemokraten).

Meine Herren, warum widersprechen Sie mir denn? Sie kennen mich ja noch garnicht genug, weder politisch noch persönlich, um ein abschließendes Urtheil über mich aussprechen zu können. Politisch bin ich doch noch nicht lange genug am Werke, namentlich in der inneren Politik, als daß Sie mich beurtheilen könnten, außer wenn Sie sich auf den Standpunkt eines Ihrer Vorgänger vom Jahre 1848 stellen: ich kenne die Absicht des Ministers nicht, aber ich mißbillige sie — und persönlich kennen wir uns doch auch noch nicht genug; ich bedaure es, hoffentlich bedauern Sie es auch. (Heiterkeit.) Also zu einem abschließenden politischen und persönlichen Urtheil über mich ist es noch zu früh, und ein solches zu fällen — verzeihen Sie das harte Wort! — ist oberflächlich. Das habe ich konstatiren wollen und kehre nunmehr zu der Beantwortung der Interpellation zurück. Ich bin aber ferner der Ansicht, daß die Regierung sogar den Schein vermeiden muß irgend welcher Abhängigkeit von irgend welchen Gruppen, daß sie jeden Verdacht vermeiden, jedem Verdacht entgehen muß irgend welcher Abhängigkeit von Sonderinteressen. (Sehr richtig! links.) Darum steh ich nicht an, trotz des guten Glaubens, in dem die betheiligten Beamten geglaubt haben einer Vorlage der verbündeten Regierungen zu dienen, den dabei eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen. (Hört, hört! und Bravo links.) Der in Rede stehende Vorfall, meine Herren, hat sich ereignet, bevor ich die verantwortliche Leitung der Geschäfte des obersten Reichsbeamten übernommen hatte. Wäre ich damals um meine Meinung gefragt worden, so würde ich von der Beschreitung des für die Verbreitung amtlicher Drucksachen gewählten Weges abgerathen haben und würde heute, wo ich verantwortlicher Reichskanzler bin, die Absicht einer solchen Maßnahme zu meiner Kenntniß gelangen, so würde ich die Ausführung einer solchen Absicht zu inhibiren wissen. (Bravo.) Im vollen Einverständniß mit dem Herrn Staatssekretär des Innern (Na! na! bei den Sozialdemokraten) jawohl, im Einverständniß mit dem Herrn Staatssekretär des Innern, dessen eminente Arbeitskraft, dessen Geschäftserfahrung, dessen Kenntnisse, dessen Charakter ich trotz aller gegen ihn gerichteten Angriffe immer gleich hochstelle (Bravo!), bin ich der Ansicht, daß derartige Wege in Zukunft nicht wieder eingeschlagen werden sollen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber diese meine Auffassung und diese meine Willensmeinung als des allein im Reich leitenden Ministers ist das betheiligte Ressort nicht im Zweifel gelassen worden. Zu weiteren Maßnahmen sehe ich mich nicht veranlaßt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie scheinen, wie ich aus Ihrem „hört, hört!" entnehme, solche erwartet zu haben. Aber weitere Maßnahmen werde ich nicht treffen, und ich will Ihnen, meine Herren, einen Grund angeben, aus dem ich weitere Maßnahmen nicht treffen werde.

Der Herr Antragsteller hat gesagt, daß er nicht wisse, wie ein gewisser Brief an eine gewisse Leipziger Zeitung gekommen sei. Vielleicht weiß es Herr Abgeordneter Dr. Schönlank. (Heiterkeit.) Aber ich habe vorläufig noch nicht den Eindruck, ich habe namentlich nach dem, was der Herr Abgeordnete Auer eben sagte, nicht den Eindruck, daß der Herr Abgeordnete Schönlank geneigt sein werde, uns das verschleierte Bild von Sais zu enthüllen. (Heiterkeit.) Nun denn, meine Herren, das hat in mir den Eindruck verstärkt, trotz Allem, was der Herr Abg. Auer soeben gesagt hat — und das wird, glaube ich, auch bei manchen Mitgliedern dieses Hauses den Eindruck hervorrufen, daß die Art und Weise, wie dieser Vorfall in die Oeffentlichkeit gebracht worden ist, mir weniger inspirirt zu sein scheint von löblichem Eifer für das öffentliche Wohl (Sehr richtig! rechts, Widerspruch links.) als von feindseligen Tendenzen gegen bestimmte Persönlichkeiten (sehr richtig! rechts) wegen derer politischen oder vielleicht auch wegen derer wirthschaftlichen Richtung. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte, Widerspruch links.) Vor Intriguen beuge ich mich nicht, vor solchen dunkeln und unlauteren Machenschaften weiche ich nicht zurück. (Bravo!) Ich hoffe, daß ich die Mehrheit des hohen Hauses auf meiner Seite habe, wenn ich erkläre, daß ich solchen Treibereien und Machenschaften keinen Einfluß einräume auf mein öffentliches Verhalten und meine amtlichen Entschließungen. (Lebhafter Beifall.) Im Uebrigen, meine Herren, können Sie versichert sein, daß ich gar keine Neigung empfinde, den Herren von jener Seite des Hauses je wieder ähnlichen Agitationsstoff zuführen zu lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. **Singer** (Soz.) findet eine **Besprechung** der Interpellation statt. Dem sozialdemokratischen Antrag schließen sich Freisinnige, deutsche Volkspartei, National-Liberale und Centrum an.

Abg. **Büsing** (nl.): Mit großer Befriedigung haben meine politischen Freunde die eben abgegebene Erklärung des Herrn Reichskanzlers gehört. Sie haben zu ihrer großen Freude daraus entnommen, daß der in Frage stehende Vorgang vom Herrn Reichskanzler gemißbilligt wird und daß der Herr Reichskanzler zugesagt hat, daß unter seiner Amtsführung derartige Vorgänge sich nicht wiederholen werden. Damit ist für uns die Interpellation gewissermaßen erledigt (Zuruf von den Soz.) — ich sage: gewissermaßen. Die Beurtheilung, welche der fragliche Vorgang seitens des Herrn Reichskanzlers gefunden hat, deckt sich in vieler Beziehung mit derjenigen Auffassung, welche meine Freunde über diesen Vorgang haben und die ich trotz der Erklärung des Reichskanzlers in aller Kürze darzulegen habe.

Ich muß ebenso wie der Herr Reichskanzler darauf hinweisen, daß doch in einem Theile der Presse die Frage in etwas ungebührlicher Weise aufgebauscht worden ist. (Zustimmung.) Es sind Ausdrücke gefallen, wie deutsches Panama ꝛc. Es sind Uebertreibungen untergelaufen, wie die, daß die Integrität unserer Reichsbeamten in Zweifel gezogen werden könne. Ich kann versichern, daß meine Freunde diese Verdächtigungen zurückweisen und verurtheilen und daß sie volles Vertrauen in die absolute Integrität unserer Reichsbeamten setzen. (Beifall.) Was nun den Vorgang selbst betrifft, daß eine hoher Beamter des Reichsamts des Innern Namens des letzteren von einem privaten Verband Gelder gefordert und erhalten hat zur Agitation für einen Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorgelegt worden war, so sind meine Freunde einmüthig der Ansicht, daß ein solches Verfahren entschieden zu mißbilligen ist. Erschwerend kommt nach unserer Ansicht bei diesem Vorgang in Betracht, daß es sich um eine Agitation auf sozialpolitischem Gebiet handelt zu Gunsten eines Gesetzes, welches mit Strafbestimmungen eingreifen wollte in den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Gegensatz ist immer größer geworden, er hat schärfere Formen angenommen, er wird tagtäglich noch agitatorisch zu vertiefen gesucht und er beherrscht bis zu einem gewissen Grade unser wirthschaftliches und politisches Leben. Bei einem solchen Gesetzentwurf mußte für Jeden, der amtlich daran betheiligt war, ganz besondere Veranlassung vorliegen, auf den leisesten Schein einer einseitigen Parteinahme zu vermeiden. (Sehr richtig!) Das Gesetz selbst, zu dessen Gunsten von einem hohen Beamten Geldmittel von einem privaten Arbeitgeber-Verband gefordert wurden, war nach meiner Ansicht kein Parteigesetz. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich bestreite es, daß das Gesetz den ausgesprochenen Zweck hatte, den Armen und Enterbten ihr einziges Recht, das Koalitionsrecht, zu nehmen. Das Gesetz wollte nach seinem Grundgedanken die Arbeitswilligen schützen gegen Zwang und Bedrohung, es wollte dem Terrorismus auf beiden Seiten entgegentreten. (Ach! bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei einem Theile der National-Liberalen und rechts.) Ein Theil meiner Freunde, zu denen auch ich gehöre, hat damals den Versuch gemacht, aus diesem Gesetzentwurf den berechtigten Kern herauszuschälen und an diesen Kern ein brauchbares Gesetz anzugliedern. Ich gebe Ihnen die positive Versicherung, daß, wenn ein Einziger von uns das Gesetz als ein Parteigesetz angesehen hätte, Niemand von uns daran gedacht haben würde, auch nur den allerkleinsten Theil, auch nur ein einziges Wort des Entwurfs sich anzueignen. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aber eines läßt sich allerdings nicht leugnen: durch die Beurtheilung, die der Entwurf durch die Presse großer Parteien erfahren hatte, war im Volke der Eindruck verbreitet worden, daß es sich in der That um ein reines Parteigesetz handle, Alle gegentheiligen Bemühungen zur Aufklärung in der Oeffentlichkeit blieben erfolglos. Nahezu die ganze Arbeiterschaft und weite Kreise des Bürgerthums sahen in dem Entwurf ein Parteigesetz zu Gunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer. Und das ist das Gravirende bei der Sache. (Sehr richtig!) Bei dieser Sachlage durfte ein hoher Beamter des Reiches nicht von einem privaten Verbande, der ausschließlich die Interessen der Arbeitgeber vertritt, Gelder annehmen zur Agitation für dies Gesetz, welches durch die Presse zu einem Parteigesetz gestempelt worden war. (Sehr richtig!)

Wir sind der Ansicht, daß ein solches Verhalten eines hohen Reichsbeamten absolut unzulässig ist. (Sehr richtig!) Es ist unzulässig schon aus konstitutionellen Gründen, weil ein Beamter des Reiches für Regierungszwecke sich dadurch in den Besitz von Geldmitteln gesetzt hat, welche nicht etatsmäßig bewilligt waren und deren Verwendung vom Reichstag nicht kontrolirt werden konnte. (Sehr gut!) Wir halten das Verfahren des Beamten aber auch im Interesse unseres Reichsbeamtenthums für unzulässig, weil dadurch übelwollenden Kreisen eine willkommene Gelegenheit geboten wurde, die Integrität unserer Beamten in Frage zu stellen. Wir halten das Verhalten endlich auch deshalb für unzulässig, weil ein hoher Reichsbeamter, der über den Parteien stehen sollte, dadurch den Schein der einseitigen Parteinahme für die Interessen einer Wirthschaftsgruppe im Klassenkampfe der heutigen Zeit auf sich lädt. (Sehr richtig!) Meine Freunde sind daher nicht in der Lage, das Verhalten des betreffenden Reichsbeamten irgendwie zu entschuldigen, sie müssen es vielmehr auf das ernsthafteste mißbilligen, und deshalb sind sie so vollbefriedigt von der Erklärung des Herrn Reichskanzlers (Rufe: Ach! links), daß auch er dies Verhalten verurtheilt und daß er die Zusicherung giebt, daß unter seiner Amtsführung ein derartiges Verhalten sich nicht wiederholen wird. (Beifall.)

Abg. **Munckel** (fr. Vp.): Auch wir sind von einem Theil der Erklärung des Herrn Reichskanzlers befriedigt, nämlich von der Versicherung, daß ähnliche Vorgänge in Zukunft sich nicht wiederholen sollen. Hat irgend Jemand geglaubt, der Reichskanzler würde solchen Vorgang entschuldigen? Wer durch die Erklärung des Kanzlers völlig befriedigt ist, der zeigt diejenige Bescheidenheit, die den Reichstag in der letzten Zeit stets ausgezeichnet hat. Die Fragen, die uns gestern und heute beschäftigen, haben eine gewisse Aehnlichkeit. Allerdings handelte es sich gestern um die große Summe von 150 Millionen, heute nur um 12 000 Mark. Der bairische Bevollmächtigte sagte ja auch, daß Klein und Groß keine staatsrechtlichen Begriffe sind. (Heiterkeit.) Ich habe das aus seinem Munde recht gern gehört, denn wenn der Vertreter des zweitgrößten Bundesstaats nicht zwischen Groß und Klein unterscheiden will, so ist das wenigstens großmüthig. (Heiterkeit.) Gestern handelte es sich um große Ausgaben, die die Regierung gemacht und der Reichstag noch nicht bewilligt hat; hier handelt es sich um kleine Einnahmen, die gemacht sind, die man aber nicht hätte annehmen dürfen, ohne vorher den Reichstag um Genehmigung zu fragen. (Große Heiterkeit.) Glauben Sie, daß es möglich gewesen wäre, die 12 000 Mark auf den Etat zu übernehmen? Das hätte man nicht gethan, denn man hätte sich ja schämen müssen. (Sehr gut! links.) Wenn man sich aber schämt, etwas zu fordern, so ist die Forderung selbst zu verurtheilen. Was soll denn nun mit den 12 000 Mk. geschehen? (Heiterkeit.) Sie sind mit Unrecht vereinnahmt und müßten eigentlich wieder zurückgegeben werden. (Heiterkeit.) Vielleicht könnte man nach preußischem allgemeinem Landrecht das Geld als zu unerlaubten Zwecken gegeben ansehen und einfach konfisziren. (Große Heiterkeit.) Der preußische Fiskus könnte es ja aber dem Reichstage wiedergeben.

Wiederholt begegnen wir einer Mißachtung des Reichstags. Ich glaube dem Grafen Bülow ja, daß, so lange er Reichskanzler ist — wie lange das sein wird, weiß man nicht (Heiterkeit) — so etwas nicht wieder vorkommt. Ich habe aus der Rede des Kanzlers das Anerkenntniß herausgehört, daß ihm die Worte des Kollegen Auer mahnend erschienen sind, er findet also, daß die scharfe Verurtheilung des Kollegen Auer eine verdiente war. (Sehr gut! links.) Meine Angriffe richten sich nicht gegen die Personen, die das Geld genommen haben, sondern gegen die Sache. Ich stimme darin völlig mit dem Kollegen Auer überein, daß, je weniger man gegen die Personen Vorwürfe erhebt, desto schlimmer sich die Sache darstellt. (Sehr richtig! links.) Je mehr bona fides, desto schlimmer für uns, denn läge eine mala fides vor, so würde der Beamte einfach entlassen. Aber daß man in einem der höchsten Reichsämter keinen Begriff von der Tragweite einer solchen Handlung hat, das ist zu bedauern. (Sehr gut! links.) Wenn man Geld von einer Interessentenklasse für bestimmte Zwecke annimmt, so stellt man sich in deren Dienst. Eine Regierung ist desto besser, je höher sie über den Parteien steht, und sie ist desto schlechter, je tiefer sie im Dienst einer Partei steht (Sehr richtig! links), und wenn das geschieht um einer Bagatelle willen, so ist das fast noch schlimmer, als wenn es um einer großen Sache willen geschieht. Hätte man vorher nicht gewußt, daß das Gesetz für die Unternehmer geschaffen war, so hätte doch die Thatsache, daß der Centralverband 12 000 Mk. zahlte, hierüber Aufklärung geben müssen (Sehr richtig! links), denn über den Verdacht sind die Industriellen doch erhaben, daß sie dem Reichsamt des Innern etwa 12 000 Mk. zahlen, um die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Heiterkeit.) Die Herren sind Geschäftsleute, und das Geschäft geht ihnen über Alles. (Sehr richtig! links.) Wenn Gesetze mit solchen Mitteln zu Stande kommen, so wird dadurch Mißtrauen in die Gesetzgebung gebracht, und man fragt sich, was solche Gesetzesvorlagen dann noch für einen Werth haben. Das Einzige, was ich als Milderungsgrund anführen könnte, ist, daß es sich hier um ein Gesetz handele, dessen Werth nicht mehr heruntergesetzt werden konnte — (Heiterkeit), und das im Reichstage auch die verdiente Verurtheilung gefunden hat. Man hat ohne alle Ueberlegung gehandelt, man hat die Regierung und die Gesetzgebung kompromittirt. Damit ist nichts gethan, daß man sagt, es soll nicht wieder vorkommen. So verzeiht man Kindern, wenn sie ungezogen gewesen sind. (Heiterkeit.) Ob man das aber auch Beamten gegenüber thun kann, weiß ich nicht. Die Ignorantia juris schadet schon dem Laien, um so viel mehr sollte sie dem Beamten schaden. Ueberschreitet ein Beamter seine Befugnisse, so sagt man, er hat es nicht besser gewußt, er hat sich geirrt. Ueberschreitet aber Jemand aus dem Publikum eine Polizeiverordnung, so wird er bestraft. (Sehr wahr! links). Ich wünsche die Ausdehnung dieses Grundsatzes auch auf unsere höchsten Behörden, und ich frage den Reichskanzler, welche Vorkehrungen er zur Verhütung der Wiederkehr derartiger Vorgänge treffen will. Ich bitte ihn schließlich, sich auch darüber zu äußern, was wir mit der Summe machen, deren Berührung die Finger der Regierung beschmutzt hat. (Beifall links.) Wenn ich nach dieser Seite hin Aufschluß bekomme, dann werde ich ebenso vergnügt und befriedigt sein, wie es der Vorredner schon jetzt ist. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Abg. **v. Levetzow** (kons.): Nach der Erklärung des Reichskanzlers können wir uns zufrieden geben. Nur zwei Bemerkungen auf die Rede des Abg. Auer:

Es ist nicht richtig, daß die Vorlage ein Gesetzentwurf gegen die Arbeiter war (Bebel: Was denn?), es war vielmehr ein Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen. (Lachen links.) Als der Beamte aus dem Reichsamt des Innern mit Herrn Bueck in Verbindung trat, war das Schicksal des Gesetzes bereits entschieden, es handelte sich nur darum, die Entstellungen, die das Gesetz in der Presse und in Versammlungen gefunden hatte, zu entkräften. Ich billige den Hintertreppenweg nicht, aber ich entschuldige doch den Beamten. Das Vorgehen war auch politisch nicht schlau (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber wenn alle Stricke zum Hängen benutzt werden sollten, müßten viele Leute gehängt werden. (Heiterkeit.) Ich gebe nicht zu, daß die Arbeitgeber Feinde der Arbeiter sind, im Gegentheil, sie sind ihre Freunde, und nur die Sozialdemokratie ist bestrebt, dies Verhältniß zu lockern. Meine Freunde sind der Meinung, daß garnicht so etwas Gemeinschädliches, Verwerfliches und Unerhörtes geschehen ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir haben zu dem Reichskanzler Vertrauen und sind mit der jetzt eingetretenen Remedur zufrieden. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Lieber** (Ct.): Wir haben seiner Zeit das Unsrige gethan, um den Gesetzentwurf, den wir für schädlich für die Arbeiter hielten, so rasch wie möglich zu beseitigen. Es wird also Niemand von uns erwarten, daß wir Bemühungen gutheißen, die darauf hinausgehen, den Entwurf, wenn auch nur hinterher, als einen besonders arbeiterfreundlichen erscheinen zu lassen, namentlich, wenn diese Bemühungen auf dem Wege der Hintertreppen vor sich gehen. So sehr wir den Vorgang verurtheilen und so lebhaft wir wünschen, es möge so etwas im deutschen Beamtenthum niemals mehr vorkommen, so sind wir doch der Ansicht, daß durch die bündige Erklärung des Kanzlers das Wesentliche unserer Beschwerde erledigt ist. (Lachen bei den Soz.)

Ich kann mit dem Kanzler darin durchaus einverstanden sein, wenn er in hohen Tönen das Lob des Vertreters des Reichsamts des Innern gesungen hat. Wir haben diesen Herrn als einen Mann kennen gelernt, der von Herzen arbeiterfreundlich gesonnen ist (Lachen bei den Sozialdemokraten), der vollkommen unabhängig dasteht von jenen Kreisen, an die sein nachgeordneter Beamter sich um Geld gewandt hat. (Beifall im Centrum.) Der Kanzler hat genug gethan, indem er die Versicherung abgegeben hat, daß, solange er im Amte ist, so etwas nicht wieder vorkommen wird. Wir freuen uns besonders, daß er diese Versicherung im Einverständniß mit dem Vertreter des Reichsamts des Innern abgegeben hat. Herr Munckel verlangt Auskunft, wie der Reichskanzler ähnliche Vorgänge für die Zukunft verhindern will; ich kann natürlich nicht in der Seele des Kanzlers lesen, aber an seiner Stelle würde ich antworten, daß das Sache der inneren Verwaltung ist. So eifersüchtig meine Freunde über das Recht des Reichstages wachen, so wenig werden wir uns jemals in die Rechte der Verwaltung einmischen. (Zustimmung im Centrum.) Weiter verlangt Herr Munckel Auskunft darüber, was mit den 12 000 Mark geschehen soll. Ich vermuthe, wenn der Kanzler darauf überhaupt antworten wird, so wird er sagen: Ich werde diese Frage beantworten, sobald mir Herr Munckel nachweist, wo das Geld ist. Es ist ausgegeben worden.

Also ich kann die Befriedigung meiner Freunde über die Antwort des Kanzlers in allen wesentlichen Punkten aussprechen, will aber doch nicht versäumen, nochmals hervorzuheben, daß wir nach den gehörten Erklärungen von Neuem den lebhaften Wunsch haben, daß der Kanzler noch recht lange in seinem Amte bleiben möge (Lachen bei den Soz.), daß wir aber durchaus nicht das Verlangen haben, hinterher an Personen Sühne oder Rache zu nehmen (Zuruf links: Chinesen!), wie es heute einmal die Herren Interpellanten wollen. Die Angelegenheit ist für uns mit der Erklärung des Reichskanzlers erledigt. Es ziemt dem Kanzler, der Regierung nicht, zum Geschäftsträger von Machenschaften, zu Henkersknechten von Intriganten zu werden. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Auf das, was Herr Auer über den Freiherrn von Stumm und seinen Einfluß gesagt hat, will ich kein Wort erwidern. Herr v. Stumm ist durch Krankheit verhindert, den Verhandlungen beizuwohnen, und ich halte es für unangebracht, ihn anzugreifen. Durchaus unrichtig ist es, wenn Herr Auer das Schreiben des Bischofs von Fulda als arbeiterfeindlich bezeichnet. Die Bischöfe haben gewarnt vor der Strömung der Neutralität in den Gewerkschaften. (Hört! hört!) Damit haben sie sich lediglich innerhalb der Zuständigkeit ihres Amtes gehalten und im Interesse der katholischen Arbeiter gehandelt. Die Bischöfe sind die berufenen Wächter zur Reinhaltung des christlichen Glaubens auch in katholischen Arbeiterkreisen. Erwarten Sie von den katholischen Arbeitern nicht, daß sie mehr auf die Stimme des Herrn Auer als auf die des Papstes und der Bischöfe geben! Herr Auer hat versucht, die Besprechung der Interpellation zu benutzen, um die Arbeiter von den Bischöfen abspenstig zu machen, aber dieser Schlag wird ein Fehlschlag sein. (Beifall im Centrum.)

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Ich betrachte die Vorlage zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses nicht als eine Vorlage gegen die Arbeiter, sondern zum Schutze der Arbeiter, und ich würde daher auf die Sache kaum eingehen, wenn mein Freund, Herr von Stumm, nicht von den Interpellanten angegriffen worden wäre. In dem Hamburger Strike ist alles das eingetroffen, worauf Herr von Stumm hinwies, als er davor warnte, den Gewerkschaften die Rechte juristischer Personen zu geben. Er hat auch schon frühzeitig vor der Einräumung des Koalitionsrechts an die Arbeiter gewarnt, da Koalitionen der Arbeiter nothwendig Koalitionen der Arbeitgeber nach sich ziehen würden, denen die Arbeiter wegen ihrer mangelnden Kapitalkraft nie gewachsen sein könnten. Den Centralverband der Industriellen habe ich ins Leben gerufen (Heiterkeit), ich bin stolz darauf, denn er hat den großartigen Aufschwung unserer Industrie gezeitigt und Millionen von Arbeitern bessere Lebensbedingungen verschafft. Daß die Großindustriellen nur eine Masse von Ausbeutern seien, das glauben Ihre Anhänger ja selbst nicht. (Lachen bei den Soz.) In der Propaganda für das Arbeitswilligengesetz ist die Regierung recht ungeschickt vorgegangen. Mit Publikationen im Reichsanzeiger, worin sie zur Unterstützung ihrer Bestrebungen aufforderte, hätte sie weit mehr erreicht. Die Sache ist für mich mit der Erklärung des Reichskanzlers erledigt.

Abg. Dr. **Pachnicke** (fts. Vg.): Der vom Reichskanzler für seine Weigerung angegebene Grund, gegen die in dieser Sache betheiligten Beamten vorzugehen, ist für uns nicht ausreichend; aber vielleicht ziehen diese Beamten jetzt aus eigenem Antriebe die Konsequenz, die sie aus der allgemeinen Mißbilligung ihres Verhaltens allein ziehen können. (Sehr gut! links.) Wir wollen im vorliegenden Falle nicht von einem Panama sprechen, aber wir sind uns in rückhaltlosem Bedauern über den Vorfall einig und halten ihn für einen großen politischen Fehler, der in schärfstem Widerspruch zu allen Traditionen unserer Beamtenschaft steht. Auch hinsichtlich der Volksstimmung über die Zuchthausvorlage ist die Krone durch unverantwortliche Rathgeber unzutreffend unterrichtet worden; das wird hoffentlich in Zukunft nicht mehr geschehen, nachdem Herr von Wangenheim so kraftvoll den Kampf gegen die Camarilla aufgenommen hat. (Sehr gut! links.) Die Franzosen haben früher das genie administrative der deutschen Beamten bewundert, hier aber hat das Genie versagt; der Staatsmann ist mit dem Interessenten verwechselt worden. Wir schätzen die Regierung sehr hoch ein, indem wir sie über die Parteien stellen; wenn aber sich einzelne Mitglieder der Regierung selbst niedriger einschätzen, indem sie zu den Parteien hinabsteigen, so sehen wir dadurch eine Schädigung der Autorität der Regierung, die wir auf das tiefste bedauern. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Schönlank** (Soz.): Die Rede des Reichskanzlers zeigt, daß er ein guter Diplomat ist und es als solcher immer versteht, Gründe für seine Handlungen oder Unterlassungen zu finden. Es steht doch außer allem Zweifel, daß das Reichsamt des Innern im vorliegenden Falle auf Schleichwegen vorgegangen ist, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, dasselbe Reichsamt des Innern, dessen Aufgabe es ist, ein unparteiischer Hüter des Rechts zu sein. Eine Frage hat der Reichskanzler ganz unbeantwortet gelassen: In welchen Beziehungen steht der Staatssekretär des Innern zu der Angelegenheit, sei es durch Handlungen oder durch Unterlassungen? Diese Frage muß beantwortet werden. Wann hat Graf Posadowsky von dem Vorgange erfahren? Glauben Sie, daß Herr von Woedtke heute noch im Amte wäre, wenn er ohne Wissen des Staatssekretärs jenen Handstreich unternommen hätte? Wenn Herr v. Woedtke ohne Wissen des Grafen Posadowsky fechten gegangen wäre (Heiterkeit), dann müßten ja in unserer Regierung geradezu anarchistische Zustände herrschen, wie könnte man dann überhaupt noch von irgend welcher Disziplin reden! Ist denn das Reichsamt des Innern nur eine Filiale des Centralverbandes? Zum Mindesten scheint zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Centralverband eine Art von Alliance zu herrschen, die an die Tammany-Hall in Newyork erinnert. Die Korruption der Regierung ist unerhört. Die wichtigsten Aemter sind nichts weiter als Organe einer einflußreichen Interessentengruppe. Was wir gethan haben, haben wir nicht gethan, um Minister zu stürzen, sondern um das System zu brandmarken. (Beifall links.)

Hiermit schließt die Besprechung.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Interpellation Graf Oriola (nl.) betr. Militärveteranen. Erste Lesung der Seemannsordnung.)

Schluß 5 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt.

Pfänder-Versteigerung.

Vom **26. bis 28. d. Mts., nachmittags 2 Uhr** anfangend, findet eine Fortsetzung unserer Fahrnißpfänder-Versteigerung statt, zum Ausgebot kommen:
Montag: Kleider, Weißzeug, Betten, Buckskin 2c.
Dienstag: Gold. und silb. Uhren, Ringe 2c.
Mittwoch: Desgleichen, sowie 2 Fahrräder.
Karlsruhe, den 24. November 1900.
Städt. Spar- und Pfandleihkasse-Verwaltung. 1513

Hafer, Saathafer, Haferschrot, Maisschrot, Hühnergerste, württemberger Haecksel, Melassetorfmehlfutter, Kleie, Trockentreber, Leinmehl Erdnusskuchen, Stopfwelschkorn, 251.—46 **Heu, Stroh u. Torfstreu, Torfmull, Holzwolle, Spreu,**
empfiehlt
Carl Baumann,
Akademiestrasse 20, Karlsruhe.

Geld suchende, selbständige Geschäftsleute wenden sich an: **A. K. 20 postl. München.** 7047

Messmer's UNVERZAGT.
Glühluft-Caffee
Per Pfd. M. 1.20, 1.40, 1.60, 1.80, 2.—, 2.50.
Zu haben in den besseren Geschäften, durch Plakate ersichtlich. 4785.12.6

Färberei u. chemische Waschanstalt
vorm. **Ed. Printz** Akt.-Ges.
Kaiserstr. 65, Kaiserstr. 193, Kaiserstr. 245, Erbprinzenstr. 10 u. Schützenstr. 8.
Prompte Bedienung. ✳ Sorgfältige Ausführung.
Mässige Preise. 1179

Stearinkerzen Ia
von Münzing in Heilbronn
in allen Einteilungen
Renaissancekerzen
Gasanzünder
empfiehlt 1385
Luise Wolf, Wtw.
4 Karl-Friedrichstraße 4.

Möbel.
Großes Lager in sämtlichen Polster- und Kastenmöbeln, Tische, Stühle, Spiegel, Bettfedern, Roßhaar zu den niedrigsten Preisen. Kompl. Aussteuern und ganze Zimmereinrichtungen werden noch besonders berücksichtigt. 471.52.45
Lud. Seiter,
Möbel- und Tapeziergeschäft, Waldstraße 7.

Stellenvermittlung
des Kaufm. Vereins Köln sucht Bewerber für offene Stellen. 3143.30.19

Vertreter gesucht.
Zum Besuche der Kolonialwarenhändler, Bäcker und Konditoren von einem Hamburger Kolonialwaren- und Gewürze-Importhause. Off. m. Refer. sub **H. V. 4824** an **Rudolf Mosse, Hamburg,** erbeten. 8248

Einem **tüchtigen praktischen Arzt** wird in einem Städtchen in der Nähe Freiburgs unentgeltlich gute
Praxis
nachgewiesen.
Offerten an die Expedition d. Blattes unter Nr. 1463.

In eine gute (protest.) Familie in St. Gallen wird eine wohlerzogene Tochter als 12084
Zimmermädchen gesucht,
welche den Zimmerdienst versteht und recht gut nähen und bügeln kann. Zeugn. u. Photo. bei der Anmeldung erforderlich. Offerten unter **Chiffre D 3688 G** an **Haasenstein & Vogler, St. Gallen**

Bedeutende Cigarren- en gros Firma
sucht großer Posten
Cigarren,
wenn solche unter Preis losgeschlagen werden. 8254
Sofort Kasse. Offerten unter **J. S. 3189** an **Rudolf Mosse, Berlin S. W.** 8254

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.